

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

WINTERSESSION 2018

26. November - 14. Dezember 2018

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

In der Wintersession 2018 wurden zwei neue Bundesrätinnen gewählt: Viola Amherd (CVP/VS) und Karin Keller-Sutter (FDP/SG) schafften beide im ersten Wahlgang den Einzug in die Exekutive. Grosse Themen dieser Session waren der Migrationspakt, das Rahmenabkommen mit der EU und das CO₂-Gesetz, welches durch eine Allianz von SP und SVP versenkt wurde, nachdem es in der parlamentarischen Beratung stark verwässert worden war.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung wurden nur zwei Vorstösse im Ständerat thematisiert. Die Interpellationen zu den Empfehlungen des UN- Kinderrechtsausschusses und zur Heiratsstrafe wurden mit der Stellungnahme des Bundesrates abgeschlossen. Im Nationalrat wurde die Diskussion der Motion von READY!-Träger Christoph Eymann verschoben, die eine flächendeckende frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten einführen möchte. Der Bundesrat hatte die Annahme der Motion beantragt.

Die neu eingereichten Vorstösse zielten schwergewichtig auf Fragen betreffend der Vereinbarkeit von Familie und Politik sowie auf Kostenbeteiligung der Krankenkassen während der Schwangerschaft. So reichte Yvonne Feri ein Postulat ein, in der sie die Überprüfung der parlamentarischen Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik fordert, während Aline Trede vom Bundesrat einen Bericht über Jobsharing Modelle in Exekutivämtern wünscht. READY!-Botschafterin Kathrin Bertschy reichte zudem eine Interpellation ein, die auf die Erhöhung der Erwerbspartizipation von Eltern von Kindern mit Behinderung abzielt.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Ständerats hat beschlossen, die parlamentarische Initiative von READY!-Botschafter Matthias Aebischer betreffend Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter weiter zu behandeln und wird bis zum Sommer 2019 einen Vorentwurf ausarbeiten. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) hat zudem am 13. November der vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesrevision zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten zugestimmt. Eltern sollen künftig für die Kinderdrittbetreuung bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind bei der direkten Bundessteuer vom Einkommen abziehen können.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

** Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht gelöscht.*

An den Bundesrat überwiesen*

--

Gesetzesvorlage verabschiedet*

--

An Zweitrat

--

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte*

[18.4082](#) Interpellation Liliane Maury Pasquier SP/GE: Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des UN- Kinderrechtsausschusses vom 4. Februar 2015

[18.4045](#) Interpellation Mathias Reynard SP/VS: Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des UN- Kinderrechtsausschusses vom 4. Februar 2015

[18.4036](#) Interpellation Samuel Bendahan SP/VD: Werden Mutterschaftsurlaube oder Langzeitabwesenheiten direkt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundes bezahlt?

[18.4028](#) Interpellation Adrian Wüthrich SP/BE: Wie kann die frühe Förderung von Kindern zur wirksamen Armutsprävention verstärkt werden?

[18.3940](#) Interpellation Hans-Ulrich Bigler FDP/ZH: Polit-Propaganda aus der Bundesverwaltung

[18.3896](#) Interpellation Gerhard Pfister CVP/ZG. Heiratsstrafe. Der Bund verbreitete jahrelang Fehlinformationen

[18.3938](#) Interpellation Pirmin Bischof CVP/SO. Heiratsstrafe. Der Bund verbreitete jahrelang Fehlinformationen

3 AUSZUG FRAGESTUNDE

In dieser Session wurden keine für READY! relevanten Fragen gestellt.

4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

18.4252 Postulat Yvonne Feri SP/SG: Parlamentarische Arbeit prüfen auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik

Die Zusammensetzung des Parlamentes hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Es gibt eine Anzahl Frauen und Männer, welche Erziehungsarbeit leisten und es gibt Arbeitgeber, welche Mühe damit haben, dass ihre Mitarbeitende während drei Wochen praktisch abwesend sind. Auch für selbständig Erwerbende ist es während der Parlamentszeit nicht einfach, sich zu organisieren, geschweige denn die Organisation der jungen Eltern mit ihren Kindern. Oftmals arbeiten Parlamentarierinnen parallel, was sich auf die Qualität der Arbeit nicht nur positiv auswirkt.

Es ist Zeit, grundlegend zu überdenken, ob nicht eine an die veränderten Umstände angepasste Arbeitsweise des Parlamentes zweckmässig wäre. Besonders auch, da wir im Milizsystem arbeiten und eine neuere Studie (<https://www.parlament.ch/centers/documents/de/studie-einkommen-arbeitsaufwand-parlamentarier-2017-d.pdf>) bekanntlich ergeben hat, dass der Zeitaufwand der Parlamentarierinnen für die politische Arbeit sehr hoch ist, im Schnitt um die 70% im Nationalrat und 77% im Ständerat.

Das Parlament hat sich mit dieser Frage schon mehrfach beschäftigt. Trotzdem bitte ich das Büro, in einem Bericht aufzuzeigen, was für abweichenden Varianten zum heutigen System möglich und sinnvoll wären. Arbeitsweisen von Kantonsparlamenten oder aus vergleichbaren Ländern könnten als Ideengeber dienen. Der Bericht soll insbesondere den Fokus auf die Vereinbarkeit von Politik und die weiteren Beschäftigungen (Beruf, Betreuungsarbeit, Ausbildung, Nebenämter etc.) der Parlamentarierinnen legen. So, dass die Milizarbeit auch wirklich als solche gelebt werden kann.

18.4342 Postulat Aline Trede GP/BE: Exekutivsharing auf Bundesebene

Der Bundesrat wird gebeten in einem Bericht darzulegen

- 1) Welche verschiedenen Modelle für Jobsharing in Exekutivämtern allgemein geeignet wären und unter welchen Rahmenbedingungen (Wahlprozedere, Rücktritte, Gremien und Beschlüsse, Vergütung, etc.) diese funktionieren können.
- 2) Welche verschiedenen Modelle für Jobsharing auf Bundesratsebene geeignet wären und unter welchen Rahmenbedingungen (Wahlprozedere, Rücktritte, Gremien und Beschlüsse, Vergütung, etc.) diese funktionieren können.
- 3) Welche verschiedenen Modelle für Teilzeitarbeit in Exekutivämtern geeignet wären und unter welchen Rahmenbedingungen diese funktionieren könnten.

Begründung:

Nicht nur die Gesellschaft, auch die Arbeitswelt ändert sich schnell. Teilzeitarbeit und Jobsharing werden zunehmend von Frauen und Männern aller Generationen nachgefragt. Das Potential von Teilzeit und Topsharing umfasst unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeit soll auch für Bundesrätinnen und Bundesräte ermöglicht werden.

Die Veränderung der Arbeitswelt ist eine Herausforderung und eine grosse Chance zugleich. Fortschrittliche Unternehmen haben dies erkannt und reagieren auf diesen Trend, indem sie vermehrt flexible Arbeitsmodelle anbieten. Sie gestalten diese Veränderung aktiv, um Know-how zu sichern, Fachkräftemängel zu reduzieren, Talente in unterschiedlichen Lebenssituationen anzuziehen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Firmen setzen darauf, mitunter auch internationale Unternehmen. Nun ist auch Politik und die Verwaltungen als Arbeitgeberinnen gefragt. Verschiedene Arbeits-Modelle sollen auch für Exekutivämter ermöglicht werden.

18.4308 Interpellation Kathrin Bertschy GLP/BE: Erwerbspartizipation und familienergänzende Betreuung bei Kindern mit Behinderung

- 1) Studien aus Deutschland zeigen, dass die Erwerbsbeteiligung (Erwerbstätigkeit und deren Umfang) von Eltern von Kindern mit Behinderung, namentlich von Müttern, deutlich kleiner ist als bei Familien mit Kindern ohne Behinderung (z.B. Hirschert, Annette (2004): Frauen zwischen Kind und Beruf: Mütterliche Erwerbstätigkeit in Familien mit einem behinderten Kind — Realität und Selbstverständnis. Würzburg). Sind dem Bundesrat ähnliche Resultate zur Schweiz bekannt?
- 2) Falls dem Bundesrat keine Analysen zur Schweiz bekannt sind: Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass aufgrund ähnlicher strukturellen Problematiken in der Schweiz davon auszugehen ist, dass auch in der Schweiz die Mütter von Kindern mit Behinderung deutlich tiefere Erwerbsbeteiligungen aufweisen?
- 3) Wie beurteilt der Bundesrat eine allfällige geringere Erwerbspartizipation von Eltern mit Kindern mit Behinderung?
- 4) Welche Massnahmen könnten aus Sicht des Bundesrats helfen, die Erwerbsquote und die Arbeitszeit pro Woche von Eltern mit Behinderungen zu erhöhen?
- 5) Wie beurteilt der Bundesrat das Angebot an familienergänzender Betreuung namentlich für Kinder mit schwereren Behinderungen und/oder erhöhtem medizinischem Überwachungsbedarf?
- 6) Wer soll aus Sicht des Bundesrats die medizinischen und nicht-medizinischen behinderungsbedingten Mehrkosten der familienergänzenden Betreuung bezahlen?

5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

SGK-N	24./25. Januar	18.091 Geschäft BR: Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung Modification Eintreten, Detailberatung.
WAK-N	28./29. Januar	16.318 Standesinitiative Aargau. Abschaffung der Heiratsstrafe.
WAK-S	14. Februar	18.034 Geschäft BR: Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

**6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE
GESCHÄFTE**
Hinweise

- In der Wintersession 2018 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.

- [18.4308](#) *Interpellation Kathrin Bertschy
GLP/BE: Erwerbsspartizipation und familienergänzende Betreuung bei Kindern mit Behinderung*
- [18.4252](#) *Postulat Yvonne Feri SP/SG:
Parlamentarische Arbeit prüfen auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik*
- [18.4342](#) *Postulat Aline Trede GP/BE:
Exekutivsharing auf Bundesebene*
- [18.4370](#) *Postulat Irène Kälin GP/AG: Ersatz für Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Mutterschaft, Vaterschaft und längerer Krankheit*
- [18.4390](#) *Interpellation Sibel Arslan GP/BS:
Verlust der Mutterschaftsentschädigung bei Teilnahme an Parlamentssitzungen*
- [18.4167](#) *Interpellation Liliane Maury Pasquier PS/GE: Interruptions médicales de grossesse dès la 13e semaine. Egalité de traitement*
- [18.4248](#) *Interpellation Valérie Piller Carrard PS/FR: Participation aux coûts en cas de maternité : la réglementation toujours pas respectée par les assureurs?*
- [18.4372](#) *Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Warum gilt die Kostenbefreiung für*

*Schwangere erst ab der 13.
Schwangerschaftswoche*

- [18.4122](#) *Interpellation Yvonne Feri SP/SG:
Durch Wissen den Kindsschutz stärken*
- [18.4061](#) *Motion Maya Graf GP/BL: Bezahlte Stillpausen sollen durch die Erwerbsersatzordnung EO finanziert werden
→ Bundesrat beantragt Ablehnung (30.11.2018)*
- [18.3994](#) *Motion Benjamin Roduit CVP/VS:
Familienergänzende Kinderbetreuung und Berechnung des für AHV-Beiträge massgebenden Lohnes
→ Bundesrat beantragt Ablehnung (30.11.2018)*
- [18.3891](#) *Interpellation Martina Munz SP/SH: Ist der Bund für Kinder- und Jugendorganisationen ein verlässlicher Partner?
→ Diskussion verschoben (14.12.2018)*
- [18.3834](#) *Motion Christoph Eymann FDP/BS:
Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarten-Eintritt als Voraussetzung für einen Sek II - Abschluss und als Integrations-Massnahme
→ Bundesrat beantragt Annahme (21.11.2018)
→ Diskussion verschoben (14.12.2018)*
- [18.444](#) *Parlamentarische Initiative Andrea Caroni FDP/AR: Vaterschaftsurlaub. Do it yourself*
- [18.441](#) *Parlamentarische Initiative SGK-S:
Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative
→ WBK-N: Zustimmung (20.09.2018)*

- [18.052](#) Geschäft BR: Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (23.08.2018)
- [18.050](#) Geschäft BR: Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten
→ *WAK-N Zustimmung* (13.11.2018)
- [18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mehr familienergänzende Betreuungsplätze dank geteilter Finanzierung
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (16.05.2018)
- [18.3256](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Jobsharing in Kaderfunktionen und politischen Exekutivämtern
→ *Diskussion verschoben* (15.06.2018)
- [18.3255](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Ersatz für Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier bei Mutterschaft/Vaterschaft und längerer Krankheit
→ *Diskussion verschoben* (15.06.2018)
- [18.3103](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug bei den Steuern
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (09.05.2018)
- [18.034](#) Geschäft BR: Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)
→ *WAK-S Beratung sistiert* (19.06.2018)
- [17.3500](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem?
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (23.08.2018)
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
→ *WBK-N: Folge gegeben* (12.01.2018)
→ *WBK-S: Zustimmung* (14.05.2018)
→ *WBK-N: Beschluss Ausarbeitung Vorentwurf* (02.11.2018)
- [17.3091](#) Postulat Yvonne Feri SP/SG: Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (17.05.2018)
- [16.318](#) Standesinitiative Aargau: Abschaffung der Heiratsstrafe
→ *Ständerat: keine Folge gegeben* (26.02.2018)
- [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
→ *SGK-N Zustimmung* (22.06.2016)
→ *SGK-S Zustimmung* (30.08.2016)
→ *Fristverlängerung bis Herbstsession 2020* (28.09.2018)
- [13.478](#) Parlamentarische Initiative Marco Romano CVP/TI: Einführung einer Adoptionsentschädigung
→ *SGK-N: Folge gegeben* (21.01.2015)
→ *SGK-S Zustimmung* (27.03.2015)
→ *Fristverlängerung bis Sommersession 2019* (16.06.2017)